



SATZUNGS AUSFERTIGUNG

SATZUNG
über die Erhebung der Hundesteuer
(Hundesteuersatzung)

Der Gemeinderat der Gemeinde Altbach hat auf Grund von § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg sowie §§ 2, 6 und 9 Abs. 3 Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg i.d.F. vom 17 März 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Mai 2009 am 01. Oktober 2024 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Satzung über die Erhebung der Hundesteuer.....	1
§ 1 Steuergegenstand.....	2
§ 2 Steuerschuldner und Haftung, Steuerpflichtiger	2
§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht.....	2
§ 4 Erhebungszeitraum; Entstehung der Steuer.....	2
§ 5 Steuersatz.....	3
§ 6 Kampfhunde und gefährliche Hunde	3
§ 7 Steuerbefreiungen	4
§ 8 Zwingersteuer	4
§ 9 Allgemeine Bestimmungen über Steuervergünstigungen	5
§ 10 Festsetzung und Fälligkeit	5
§ 11 Anzeigepflicht	5
§ 12 Hundesteuermarken.....	6
§ 13 Ordnungswidrigkeiten	6
§ 14 Inkrafttreten.....	6
Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO	7



§ 1 Steuergegenstand

- (1) Die Gemeinde erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.
- (2) Der Steuer unterliegt das Halten von Hunden durch natürliche Personen im Gemeindegebiet, soweit es nicht ausschließlich der Erzielung von Einnahmen dient.
- (3) Wird ein Hund gleichzeitig in mehreren Gemeinden gehalten, so ist die Gemeinde Altbach steuerberechtigt, wenn der Hundehalter seine Hauptwohnung in Altbach hat.

§ 2 Steuerschuldner und Haftung, Steuerpflichtiger

- (1) Steuerschuldner und Steuerpflichtiger ist der Halter eines Hundes.
- (2) Halter eines Hundes ist, wer einen Hund in seinem Haushalt oder seinem Wirtschaftsbetrieb für Zwecke der persönlichen Lebensführung aufgenommen hat. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Halter, wer den Hund wenigstens drei Monate lang gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.
- (3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam gehalten.
- (4) Halten mehrere Personen gemeinschaftlich einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.
- (5) Ist der Hundehalter nicht zugleich Eigentümer des Hundes, so haftet der Eigentümer neben dem Steuerschuldner als Gesamtschuldner.

§ 3 Beginn und Ende der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht beginnt am ersten Tag des auf den Beginn des Haltens folgenden Kalendermonats, frühestens mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird. Beginnt die Hundehaltung bereits am 1. Tag eines Kalendermonats, so beginnt auch die Steuerpflicht mit diesem Tag.
- (2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird. § 10 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 4 Erhebungszeitraum; Entstehung der Steuer

- (1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.
- (2) Die Steuerschuld für das Kalenderjahr entsteht am 1. Januar für jeden an diesem Tag im Gemeindegebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.
- (3) Beginnt die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, so entsteht die Steuerschuld für dieses Kalenderjahr mit dem Beginn der Steuerpflicht.



§ 5 Steuersatz

- (1) Die Steuer beträgt im Kalenderjahr für jeden Hund **120 €**. Für das Halten eines Kampfhundes oder eines gefährlichen Hundes gem. § 6 beträgt der Steuersatz abweichend von Satz 1 **800 €**. Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, beträgt die Steuer den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Monatsbruchteil der Jahressteuer.
- (2) Hält ein Hundehalter im Gemeindegebiet mehrere Hunde, so erhöht sich der nach Abs. 1 geltende Steuersatz für den zweiten und jeden weiteren Hund auf **240 €**, für den zweiten und jeden weiteren Kampfhund oder gefährlichen Hund auf **1.000 €**. Werden neben Kampfhunden oder gefährlichen Hunden noch andere Hunde gehalten, so gelten diese als „weitere Hunde“. Steuerfreie Hunde (§ 7) sowie Hunde in einem Zwinger (§ 8) bleiben hierbei außer Betracht.
- (3) Die Zwingersteuer für Zwinger im Sinn von § 8 Abs. 1 beträgt das Doppelte des Steuersatzes nach Absatz 1. Werden in dem Zwinger mehr als 5 Hunde gehalten, so erhöht sich die Steuer für jeweils bis zu 5 weitere Hunde um die Zwingersteuer nach Satz 1.

§ 6 Kampfhunde und gefährliche Hunde

- (1) Kampfhunde im Sinne dieser Satzung sind Hunde, bei denen nach ihrer rassenspezifischen Veranlagung, Erziehung und/oder Charaktereigenschaft die erhöhte Gefahr einer Verletzung von Personen oder Tieren besteht. Kampfhunde im Sinne dieser Satzung sind insbesondere
 - Bullterrier
 - Pit Bull Terrier
 - American Staffordshire Terrier
 - Fila Brasileiro
 - Bordeaux Dogge
 - Mastin Espanol
 - Mastino Napoletano
 - Staffordshire Bullterrier
 - Dogo Argentino
 - Mastiff
 - Bullmastiff
 - Tosa Inu
- (2) Als gefährliche Hunde i.S. dieser Satzung und i.S. von § 2 PoIVO des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum vom 3. August 2000 gelten Hunde, die, ohne Kampfhunde gemäß Abs. 1 zu sein, aufgrund ihres Verhaltens die Annahme rechtfertigen, dass durch sie eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen oder Tiere besteht. Gefährliche Hunde sind insbesondere Hunde, die
 1. bissig sind
 2. in aggressiver oder gefahrendrohender Weise Menschen oder Tiere anspringen oder



3. zum unkontrollierten Hetzen oder Reißen von Wild oder Vieh oder anderen Tieren neigen.

§ 7 Steuerbefreiungen

Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von

1. Hunden, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfsbedürftiger Personen dienen. Sonst hilfsbedürftig nach Satz 1 sind Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen,
2. Hunden, die als Diabetikerwarnhunde gehalten werden, ein entsprechender Nachweis über die Ausbildung zum Diabetikerwarnhund ist dem Antrag beizufügen,
3. Hunden, die die Prüfung für Rettungshunde oder Wiederholungsprüfung mit Erfolg abgelegt haben und für den Schutz der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehen,
4. Hunden, die als Nachsuchenhunde im Sinne von § 38 des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes eingesetzt werden und als Nachsuchenhunde beim Landesverband registriert sind.

Der Antrag auf Steuerbefreiung ist mindestens zwei Wochen vor Beginn des Monats zu stellen, in dem die Steuerbefreiung wirksam werden soll.

§ 8 Zwingersteuer

- (1) Von Hundezüchtern, die mindestens zwei rassenreinen Hunde der gleichen Rasse, darunter eine Hündin im zuchtfähigen Alter, zu Zuchtzwecken halten, wird die Steuer auf Antrag für die Hunde dieser Rasse nach § 5 Abs. 3 erhoben, wenn der Zwinger, die Zuchttiere und die gezüchteten Hunde in das Zuchtbuch einer von der Gemeinde anerkannten Hundezüchtervereinigung eingetragen sind.
- (2) Die Ermäßigung ist nicht zu gewähren, wenn in den letzten drei Kalenderjahren keine Hunde gezüchtet worden sind.



§ 9 Allgemeine Bestimmungen über Steuervergünstigungen

- (1) Für die Gewährung einer Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung (Steuervergünstigung) sind die Verhältnisse bei Beginn des Kalenderjahres, in den Fällen des § 3 Abs. 1 diejenigen bei Beginn der Steuerpflicht maßgebend.
- (2) Die Steuervergünstigung ist zu versagen, wenn
 5. die Hunde, für die eine Steuervergünstigung in Anspruch genommen wird, für den angegebenen Verwendungszweck nicht geeignet sind,
 6. in den Fällen des § 8 keine ordnungsgemäßen Bücher über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung der Hunde geführt werden oder wenn solche Bücher der Gemeinde nicht bis zum 31. März des jeweiligen Kalenderjahres vorgelegt werden. Wird der Zwinger erstmals nach dem Beginn des Kalenderjahres betrieben, so sind die Bücher bei Antragstellung der jeweiligen Ermäßigung vorzulegen.
 7. in den Fällen des § 7 Nr. 3 die geforderte Prüfung nicht innerhalb von zwölf Monaten vor dem in Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt von den Hunden mit Erfolg abgelegt wurde.
- (3) Für Kampfhunde und gefährliche Hunde im Sinne des § 6 werden Steuervergünstigungen nicht gewährt.

§ 10 Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die Steuer wird durch Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (2) In den Fällen der §§ 3 und 4 Abs. 3 ist die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.
- (3) Endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres (§ 3 Abs. 2) und war die Steuer bereits festgesetzt, ergeht ein Änderungsbescheid.

§ 11 Anzeigepflicht

- (1) Wer im Gemeindegebiet einen über drei Monate alten Hund hält oder einen Kampfhund im Sinne des § 60 Absatz 1 anschafft, hat dies innerhalb eines Monats nach dem Beginn der Haltung oder nachdem der Hund das steuerbare Alter erreicht hat, der Gemeinde schriftlich anzuzeigen.
- (2) Endet die Hundehaltung oder entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuervergünstigung, so ist dies der Gemeinde innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.
- (3) Eine Verpflichtung nach Absatz 1 und 2 besteht nicht, wenn feststeht, dass die Hundehaltung vor dem Zeitpunkt, an dem die Steuerpflicht beginnt, beendet wird.



- (4) Wird ein Hund veräußert, so ist in der Anzeige nach Absatz 2 der Name und die Anschrift des Erwerbers anzugeben.

§ 12 Hundesteuermarken

- (1) Für jeden Hund, dessen Haltung im Gemeindegebiet angezeigt wurde, wird eine Hundesteuermarke, die Eigentum der Gemeinde bleibt, ausgegeben.
- (2) Die Hundesteuermarken bleiben für die Dauer der Hundehaltung gültig. Die Gemeinde kann durch öffentliche Bekanntmachung Hundesteuermarken für ungültig erklären und neue Hundesteuermarken ausgeben.
- (3) Hundezüchter, die zur Zwingersteuer nach § 8 herangezogen werden, erhalten zwei Hundesteuermarken.
- (4) Der Hundehalter hat die von ihm gehaltenen, außerhalb des von ihm bewohnten Hauses oder des umfriedeten Grundbesitzes laufenden anzeigepflichtigen Hunde mit einer gültigen und sichtbar befestigten Hundesteuermarke zu versehen.
- (5) Endet eine Hundehaltung, so ist die Steuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb eines Monats an die Gemeinde zurückzugeben.
- (6) Bei Verlust der Hundesteuermarke wird dem Halter eine Ersatzmarke gegen eine Gebühr von 10 Euro ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Steuermarke; die unbrauchbare Steuermarke ist zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene Steuermarke wieder aufgefunden, ist die wiedergefundene Marke unverzüglich an die Gemeinde zurückzugeben.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 5 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Kommunalabgabengesetz handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig einer Verpflichtung nach § 11 zuwiderhandelt.

§14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom 01. Januar 2017 außer Kraft



Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder auf Grund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Altbach, den 02. Oktober 2024

Martin Funk
Bürgermeister

Gemeinde Altbach

Final Audit Report

2024-10-07

Created:	2024-10-03
By:	Karolin Stollsteimer (stollsteimer@altbach.de)
Status:	Signed
Transaction ID:	CBJCHBCAABAAD3gSCS7MolLgNvDuKhVcbbgDeswhRTzj

"Gemeinde Altbach" History

-  Document created by Karolin Stollsteimer (stollsteimer@altbach.de)
2024-10-03 - 9:30:38 AM GMT
-  Document emailed to Martin Funk (funk@altbach.de) for signature
2024-10-03 - 9:30:42 AM GMT
-  Email viewed by Martin Funk (funk@altbach.de)
2024-10-07 - 6:39:05 AM GMT
-  Document e-signed by Martin Funk (funk@altbach.de)
Signature Date: 2024-10-07 - 6:45:47 AM GMT - Time Source: server
-  Agreement completed.
2024-10-07 - 6:45:47 AM GMT